



Herrn
Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1

51373 Leverkusen

13. Oktober 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien setzen zu lassen:

Die Verwaltung initiiert gemeinsam mit allen interessierten Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit unserer Stadt einen Konzeptionsentwicklungsprozess. Die städt. Einrichtungen werden einbezogen. Standortfragen und Ideen zu Trägerschaftsoptimierungen werden geprüft.

Die Verwaltung engagiert hierzu einen externen Anbieter, da es sonst wegen der städt. Trägerschaften zu Interessenskollisionen kommen kann.

Der Prozess wird spätestens am 30.9.2013 abgeschlossen. Das Ergebnis wird in den Kinder- und Jugendhilfeausschuss eingebracht.

Begründung:

Die Zuschüsse an die freien Träger sind seit Jahren eingefroren, was eine faktische Kürzung bedeutet, da steigende Kosten, vor allem im Personalbereich, aufgefangen werden müssen. Erweiterungen und Neueinrichtungen von Jugendhäusern sind kaum möglich, wenn überhaupt nur mit sehr kreativen und oft zeitlich begrenzten Finanzierungen.

Mit dem Kinder- und Jugendförderplan wurde ein wichtiger Schritt der Absicherung für die freien Träger gemacht. Der größte Anbieter der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist allerdings die Stadt selber. Diese Einrichtungen sind in der finanziellen Absicherung nicht erfasst.

Die einzelnen Träger bemühen sich, ihre Angebote veränderten Bedarfslagen anzupassen. Eine breite, stadtweite konzeptionelle Diskussion mit Ergebnissen ist für uns allerdings nicht erkennbar.

Seit langer Zeit schon gibt es die Einsicht, dass die Einrichtungen nicht optimal im Stadtgebiet verteilt sind und die räumlichen Bedingungen nicht immer gut sind. Rahmenbedingungen und Bedarfslagen von Kindern und Jugendlichen ändern sich (z. B. längere Schulzeiten/OGS, mehr sichtbare Armut).

Das Land hat die Zuschüsse im Landesjugendplan erhöht. Richtlinien auf Landesebene wurden verändert bzw. sind immer wieder in der Diskussion.

Wir wollen eine breit angelegte, ergebnisoffene Diskussion zur offenen Kinder- und Jugendarbeit in unserer Stadt. Hierbei sind Fragen der Konzeptionen, der Finanzierung, der Standorte und möglicherweise von Trägerschaften nicht voneinander zu trennen.

Ein solcher Prozess kann nur erfolgreich sein, wenn er unabhängig von Eigeninteressen und Ängsten um den eigenen Arbeitsplatz geführt wird.

Wir haben bereits zugesagt, dass wir für den Zeitraum des Kinder- und Jugendförderplans keine Kürzungen vornehmen werden und dass sich kein Mitarbeiter um seine Stelle sorgen muss. Richtig ist aber auch, dass es keine Garantie auf Dauer für eine Beschäftigung in der bisherigen Einrichtung geben kann. Wir sagen dieses an dieser Stelle so direkt und ehrlich, weil wir meinen, dass sich offene Kinder- und Jugendarbeit an den Bedarfslagen von Kindern und Jugendlichen ausrichten muss.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Stefan Baake

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen CDU-Fraktion FDP-Fraktion Fraktion Freie Wähler

i.A. Marita Schmitz, Fraktionsgeschäftsführerin